Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846
1846

97 (12.3.1846)

Visual Library

Wochenblatt (XXV.)

als Fortsetzung der

Die Landtagszeitung besteht aus einem Abonnement von 150 Nummern und kostet 3 fl. 48 kr. Durch die Post bezogen 4 fl. 48 kr. für Baden.

Landtags-Zeitung.

Man abonnirt bei dem nächstgelegenen Postamte, in Karlsruhe bei Malsch und Vogel, von welchen das Blatt auch im Buchhändlerwege zu beziehen ist.

[Nr. 97.] Karlsruhe 1846. [12. März.]

Herausgegeben von Karl Mathy. — Redigirt von Karl Stein. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Ueberblick des badischen Verfassungslebens, mit besonderer Rücksicht auf die Richtung und Thätigkeit der Parteien in der zweiten Kammer.

Von **A. v. Soiron.**

(Fortsetzung.)

Rotteck's politische Freunde waren hiermit einverstanden und fügten noch bei: Die Thatsachen, auf welche die Motion gegründet, seien weltkundig. Wenn durch die Beschlußfassung über das Druckverbot nicht die Aufhebung desselben erreicht werde, so sei man so weit, wie zuvor. Die Motion sei in den Abtheilungen zweimal verlesen worden und in den Händen von zehn Commissionsmitgliedern schriftlich niedergelegt gewesen.

Tief bewegt flehte Rotteck zuletzt die Kammer an, seine Motion nicht todt zu schlagen und ihn nicht für entmündigt zu erklären. Allein umsonst.

Die Kammer beschloß mit 34 gegen 23 Stimmen, daß die Diskussion über die Druckfrage zuerst vorgenommen und die Berathung der Motion selbst so lange suspendirt werden solle, bis die Angelegenheit wegen des Drucks erledigt sei.

Mit großer Stimmenmehrheit wurde sodann hinsichtlich der Druckfrage beschlossen:

„In einer Adresse an Seine Königliche Hoheit den Großherzog gegen die Verfügung des Ministeriums des Innern Vorstellung zu machen (statt nach dem Commissionsantrag Beschwerde zu erheben) und um deren Zurücknahme zu bitten, zugleich aber die weitere Bitte auszusprechen, die Regierung möge das der Kammer sowohl nach der Verfassung, als nach der Geschäftsordnung ausschließlich zustehende Recht anerkennen, über den Druck ihrer Verhandlungen und deren Beilagen zu entscheiden und demgemäß auch der Kammer das Erkenntniß über den Druck der v. Rotteck'schen Motion anheimgeben."

Der Erfolg war, daß dieser Beschluß erfolglos blieb und daß die Rotteck'sche Motion nicht mehr berathen wurde.

Ein ähnliches, wiewohl nicht ganz so trauriges Schicksal hatte die Motion des Abg. Welcker, „hinsichtlich einiger auf das verfassungsmäßige Recht der Preßfreiheit in der Kammer zu fassenden Beschlüsse."

Der Antragsteller wies aus der Geschichte anderer Staaten nach, daß das Bestehen gesetzlicher Preßfreiheit niemals die innere Ruhe und Ordnung gestört, vielmehr immer den Rechtszustand erhalten, während die Aufhebung der Preßfreiheit Verfassungen und Throne umgestürzt habe. Er schilderte den Druck der Censur, belegte denselben mit mehreren Beispielen, erinnerte an die Kammerbeschlüsse auf dem vorigen Landtag, an das nicht erfüllte Versprechen der Regierung, und stellte den Antrag, folgenden Beschluß zu fassen:

„Die Kammer möge vorerst der Regierung erklären, daß die zweite Kammer natürlich auch noch jetzt eben so, wie in ihren Beschlüssen auf dem Landtage von 1833 die definitive Rechtsgültigkeit des Preßgesetzes von 1831 festhalten müsse und zwar um so mehr, da leider nicht einmal die feierliche Zusage und Vereinbarung über einen an die Stelle der Verordnung vom 28. Juli 1832 tretenden, den factischen Zustand verbessernden provisorischen Gesetzesentwurf in Erfüllung gegangen; daß sodann die Kammer zu der Regierung die Erwartung hege, dieselbe werde verfassungstreu entweder durch baldige Entfernung der durch jene Verordnung und durch spätere gerichtliche Verfügungen bestehenden factischen Beschränkungen unseres verfassungsmäßigen Preßgesetzes von 1831 dasselbe wieder in volle Kraft treten lassen, oder sofern etwa diesem für den Augenblick unüberwindlich scheinende Schwierigkeiten entgegenständen, ebenfalls mit Beseitigung jener Verordnungen und Verfügungen in ein nach Inhalt und Dauer von der ständischen Zustimmung abhängiges vorübergehendes Gesetz jene wesentlichen Verbesserungen aufnehmen, welche die Kammer bei den Verhandlungen über diesen Gegenstand auf dem vorigen Landtage vorgeschlagen habe."

(Fortsetzung folgt).

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Rundschau.

Nach dem Lörracher Boten wurde in der Gemeinde Efringen, Hr. Fr. Däublin, Gemeinderath, mit 101 Stimmen von 106, zum Wahlmann ernannt. Durch die große Einhelligkeit der Stimmen — fügt der Bote hinzu — hat die Gemeinde Efringen ihre Ehre, welche neulich in der Petitionsangelegenheit durch einen groben Druckfehler fast verunglimpft worden wäre (die Leser der Landtagszeitung erinnern sich dessen), wie damals schriftlich, so jetzt faktisch auf glänzende Weise gerettet.

— Aus Huttingen, einer Filialgemeinde von Istein, berichtet der Bote, daß die Bemühungen eines Sendlings der Süddeutschen für einen Candidaten der wälschen Partei vollkommen gescheitert und die Bürger ihrem wackern Altbürgermeister Streich treu geblieben sind. Nur viele solche Streiche gegen die Jesuiten geführt, dann siegt die deutsche, die vaterländische Sache und das gute Recht der Bürger über den wälschen Trug.

— In Neuenheim bei Heidelberg wurde unser Welcker, der auf der Gemarkung angesessen ist, neben Bürgermeister Weber mit 142 von 145 Stimmen zum Wahlmann ernannt. Neuenheim liegt nicht weit von Dossenheim, wo das Morgenblatt unlängst Welckern beinahe todtschlagen ließ.

— Im Wahlbezirk Sinsheim sind die Wahlen durchaus gut für die Bürger und schlecht für das jesuitisch-absolutistische Centralcomite ausgefallen. Eben so in der Stadt Rastatt. Ebenso in der Stadt Offenburg; beide haben die Worte der Süddeutschen beherzigt: „Nicht mehr dunkel ist der Sehenden Auge und der Hörenden Ohr (Jesaias)!" — In Offenburg hatte der Pfarrvikar — wie mehrere Zeitungen berichten — sogar die Schulkinder für eine jesuitische Wahl beten lassen. Aber Gott verläßt die Deutschen nicht.

— Der Wahlbezirk Weinheim-Ladenburg hat sich dem Centralcomite und dem Morgenblatt nicht ergeben, er hat sich durch die Flugschriften des Spitalpfarrers Winterer nicht bethören lassen, sondern ist der guten Sache der Verfassung, der constitutionellen Regierung und des Volkes treu geblieben. Die Wahlbezirke Lörrach und Rheinbischofsheim haben es gerade eben so gemacht. Brav, Bürger!

— In Bayern hat der Adressensturm der ultramontanen Partei sich gelegt, ohne daß die Landstände aufgelöst wurden. Bei den Verhandlungen über den Eisenbahnbau sind sehr scharfe Worte gegen das Ministerium gefallen, ohne daß die Auflösung erfolgte. Unter Anderen sagte der Abg. Willich (nach bayerischen Blättern): „Will die Kammer der jetzigen und der zukünftigen Verwaltung des Landes, dem jetzigen und zukünftigen Ministerium das unbegrenzte Vertrauensvotum darbringen, das in Anspruch genommen wird? Schon die zurückhaltende Art, wie es begehrt wird, ist zurückschreckend, ist mehr Mißtrauen — als Vertrauen erregend. Es wird begehrt ohne Vorlage eines definitiven Eisenbahnsystems, aus dem wir erkennen könnten, wie weit die Sache am Ende gehen solle. Es wird begehrt, mit dem kategorischen Imperativ gegen jede weitere Einmischung der Stände in das Eisenbahnwesen nach unterthänigster Bewilligung der zum Bau jetzt geforderten Summen; wer kann da Vertrauen fassen, ohne eine Untreue zu begehen an seinem Mandat, an den Steuerpflichtigen, deren Interessen in unsere Hände gelegt sind. Wer kann dem Ministerium solch unbegränztes Vertrauen schenken? Es schalten und walten lassen über Millionen? Ihm die Gnadenspenden, alle Anstellungen bei den Eisenbahnen nach Maßgabe der technischen Kenntnisse, oder der Ergebenheitsgesinnungen überlassen? Einem Ministerium, welches, wie noch kein anderes, eine beispiellose Virtuosität im Schmälern und Verkümmern, nicht nur aller materiellen, sondern auch der geistigen Rechte und Interessen des Volkes hat! Wer da glaubt, wer da überzeugt ist, daß dieses Ministerium durch sein ganzes bisheriges Verhalten ein solches unbegrenztes Vertrauen verdient habe, der lege den Bau und Betrieb der bayerischen Staatseisenbahnen mit den dazu erforderlichen ungezählten Millionen an Erübrigungen, an neuen Staatsschulden in die alleinigen Hände dieses Ministeriums und zugleich in die Hände jedes noch unbekannten spätern Ministeriums — ich, auf Eid und Pflicht, — ich vermag es nicht!" —

Die Süddeutsche und das Morgenblatt nennen Abgeordnete, welche — wie Willich — nach Eid und Pflicht handeln, Wühler, Revolutionäre, Leute ohne Religion u. s. w. und warnen das Volk, ja nicht solche Männer zu wählen. Aber das Volk läßt sich nicht übertöpeln und wählt sie doch.

— Unter der Aufschrift „Jesuiten" enthält die Darmstädter allgemeine Kirchenzeitung in Nr. 13 d. J. Folgendes: Der im Jahre 1581 gestorbene Jesuit Eduard Campianus sagt über das Verfahren gegen die Ketzer: „Die Lutheranen und Kalvinisten soll man mit dem Schwerte umbringen, verjagen und unterdrücken, mit Feuer, Schwefel und Pech brennen, im Wasser ersäufen, vertilgen und aussaugen, ausmartern und vestiglich verfolgen und ausmergeln, ihrer Güter berauben, auf's äußerste verstören, Summa mit allerlei Marter und Pein bis in den Tod verfolgen

und ausrotten." — „Wissen sollt ihr, wir Jesuiten, alle, die wir hin und wieder in der Welt weit und breit zerstreut sind, haben eine heilige Verbündniß gemacht und eingegangen in großer und mächtiger Anzahl (die sich täglich häufig vermehrt, so daß heutiges Tags der Jesuitenorden sich an die 80,000 stark befindet), so wollen wir, so lange nur ein einziger von uns übrig sein wird, um euch, eure Religion, auch Land und Leute umzustürzen, keine Mühe und Arbeit, keinen Fleiß und keine Kunst sparen; und das wird uns keine Gewalt, auch kein Engel vom Himmel wehren." In einem Ausschreiben der böhmischen Stände wegen Abschaffung der Jesuiten vom Jahr 1618 heißt es über diesen Orden: „Niemand ist solches Unheils und Widersetzlichkeit größerer Anhänger als die jesuitischen Ordensleute; sie richten an dem Orte, da in Religionssachen ein Unterschied ist, Aufruhr und Empörungen, sie haben die Obrigkeit gegen die Unterthanen, die Unterthanen gegen die Obrigkeit aufgewiegelt, Könige und Fürsten, welche ihrem bösen Rathe nicht folgten, jedem Todschläger anzutasten erlaubt, durch die Beichte alle Heimlichkeiten erforscht, und der Leute Gewissen so regieret, daß sie nicht allein ohne ihren Willen nichts Gutes thun können, sondern auch, was sie anbefohlen, es streite auch wider Gott und sein Gebot, in keinen Zweifel und Bedenken ziehen können; sie sind in alle Winkel eingedrungen, haben Alle, welche nicht zur römischen Kirche gehören, für Ketzer erklärt, und es soll ihnen kein Glauben gehalten werden. So lange sie im Lande sind, kann kein Friede im Königreich sein, Kaiser und Stände müßten in größter Gefahr ihres Lebens und ihrer Güter verharren."

— Aus Emmendingen berichten die Seeblätter über die Mittelchen, womit die Rückschrittspartei die Wahlen gegen die Bürger durchsetzen und fahren dann fort: Die kaiserstühler Wahlmänner haben gestern beschlossen, an sämmtliche Wahlmänner des Bezirks eine Einladung zu einer Versammlung ergehen zu lassen, wozu die Durchgefallenen eingeladen, dagegen aber die hiesigen Wahlmänner bei Seite gelassen werden sollen. Geht dagegen etwa von diesen Leuten eine Einladung aus, so soll Keiner vom Land anwohnen — man will sie ganz ignoriren und so handeln, als ob sie gar nicht da wären. Dies ist dann die erste Genugthuung für die liberalen Candidaten. Andere werden noch folgen. Von den 44 Wahlmännern unseres Bezirks können wir wenigstens auf 30 Stimmen für Helbing zählen.

— Ferner schreiben die Seeblätter: Vom Schwarzwald. Der vierte Aemterwahlbezirk hat sich bei Ernennung seiner Wahlmänner gut gehalten und wir dürfen die feste Hoffnung hegen, daß Welcker, der tapfere Degen und unerschütterliche Vertheidiger der Volksrechte wieder aus der Wahlurne hervorgehen werde. Zwar nicht ohne Kampf, weil Männer, die man früher als Säulen des Volkswohles betrachtete, die aber seit Jahren an der feigen Politik der s. g. Klugheit siechen, der guten Sache gänzlich untreu zu werden drohen, und wir sie leider in unserer Berechnung der für Welcker einstehenden Stimmen ungezählt lassen müssen. Wie dem aber auch sein möge, der kräftige Sinn unserer Mitbürger wird jede Klippe zu vermeiden und die Ehre des Schwarzwaldes zu retten wissen, darauf dürfen sich die feinen Diplomaten und ihre Helfershelfer und Schutzherren verlassen. Die Losung zu Berg und Thal heißt Welcker.

— Die Freiburger Zeitung (Nr. 67) bessert sich. Sie bringt heute, zwar keinen leitenden Artikel aus eigener Fabrik, aber doch einen anziehenden Brief aus Schönwald, überschrieben: Rindeschwender auf Reisen. Der Brief fängt an: „Ein Weltspektakel ist hier von unsern sogenannten Liberalen veranstaltet worden!" — und schließt mit einer Mahnung zu wohlwollenden und würdig ernsten Berathungen. Das ist sehr ungeschickt. Der Schreiber freut sich besonders über einen Fackelzug, womit Rindeschwender eingeholt wurde, bedauert, daß die Zahl der Begleiter nicht größer war und daß der Gemeinderath, der sich dem Zuge angeschlossen, sich so still verhielt. Von Rindeschwender erzählt er, daß er „sich räusperte" ehe er seine Rede begann; wie er sich räuspert und wie er spuckt, das hat er ihm glücklich abgeguckt, aber die Rede hat er offenbar nicht verstanden, denn was er davon erzählt, ist nicht rindeschwenderisch. Der Berichterstatter sprach gleich darauf mit dem Nachtwächter, der ihm sagte: „Er hätt' wege dem nit so lang predige dörfe; hätt er nu glie gseit: Sind so guet und stimmet mi au wieder." Das hat der Briefschreiber besser verstanden und darum wortgetreu berichten können. Der Nachtwächter hat ihm auch besser gefallen als Rindeschwender, der ihn, wie andere Nachtvögel, zurückscheuchte, dem also auch die vier Wahlmänner von Schönwald ihre Stimme nicht geben werden, zumal da ihnen der Schreiber des Briefes den Nachtwächter als Candidaten vorschlägt. Er scheint übrigens Rindeschwender noch genauer beobachtet zu haben, denn er sagt, er habe denselben in seiner Blöße gesehen.

Wenn die Freiburger Zeitung mit solchen Briefen fortfährt, so hat sie Hoffnung die kleine Zahl ihrer Abonnenten mit einigen Nachtwächtern zu vermehren, vorausgesetzt, daß sie ihnen die Zeitung unentgeltlich verabfolgen läßt.

Aus dem Morgenblatt hat die Freiburger Zeitung heute

nichts abgedruckt; sie beherzigt unsere guten Lehren und hilft sich einstweilen mit der deutschen allgemeinen Zeitung.

Montags erscheint kein Morgenblatt und keine Süddeutsche, sie machen „Blauen" und darunter muß die Rundschau leiden. Indessen können wir aus dem gestrigen Morgenblatt noch eine kleine Nachlese halten.

Da finden wir ein Klagelied über die Wahlen in Feudenheim und Wallstadt. Das Morgenblatt ist zwar mit allen Wahlen zufrieden, aber seine Berichterstatter sind es nicht, und was die schreiben muß doch gedruckt werden. Wir können übrigens dem Centralcomite die Versicherung geben, daß H. Pfarrer Honikel in Feudenheim nichts dafür kann, daß es dort so schlecht gegangen ist; er hat sein Möglichstes gethan, und wenn die Weiber über 50 Jahre mitstimmen dürften, so wäre es besser gegangen. H. Honikel ist daher für die Frauenemanzipation und wir empfehlen ihn für eine Entschädigung aller Art.

— Ein Mann vom Rhein klagt, er sei neulich in Ettlingen oder Rastatt in einem Gast- oder Bierhaus von den „Radikalen" wie wüthend angefallen worden, um ihm ein bestimmtes Versprechen nach seiner Ueberzeugung zu entlocken. Ein wüthender Anfall, der weiter nichts bezweckt als eine „Entlockung" muß nicht sehr gefährlich sein. Aber den Mann erinnerte der Anfall unwillkührlich „an Robespierre, welcher in den 90er Jahren in Frankreich so schön aufgespielt hat." Vermuthlich hat einer von den Bösewichtern eine Guillotine aus dem Sack gezogen und den guten Mann damit erschreckt. Um mit dem Leben davon zu kommen mußte er freilich geloben, die Herren Steuerdirector Seltzam und Geheimerath Schaaff zu Deputirten für den Bezirk zu wählen, obgleich der Bezirk nur Einen zu wählen hat. Aber so sind die Radicalen. Sie verlangen das Unmögliche, das ist eben ihr Utopien, wie die Karlsruher Zeitung früher einmal sagte.

— Neben so vielen betrübenden Nachrichten hat das Morgenblatt doch auch etwas Erfreuliches mitzutheilen. Einige liberale Heidelberger Bürger sind in Nußloch „aus dem Hirsch auf die Straße herausgeschleudert und unter einer Tracht Schläge mit Steinwürfen verfolgt worden, bis sie im Löwen eine sichere Zuflucht fanden." Das ist herzerwärmend. Wenn die Deutschen einander todt schlagen, da lachen die Jesuiten. Leider war Hofrath Welcker nicht dabei, sondern nur Studiosus Welcker, und dieser ist nicht einmal geprügelt worden. Zur Ehre der Bürger von Nußloch, denen das Morgenblatt die edle Selbsthülfe zuschreibt, erwähnen wir, daß nach unseren Nachrichten keine Bürger, sondern junge Bursche, deren religiöses Gefühl durch die Anwesenheit der Heidelberger vermuthlich noch stärker verletzt worden war, als das der Dossenheimer, die Helden waren; indessen sind unsere Berichte nicht so zuverlässig, wie die des Morgenblattes, die offenbar aus der Quelle kommen, die sich etwas voreilig durch den Schluß des Berichts blicken läßt, wonach die dortigen Geistlichen „sich von jeder, auch nur der leisesten Einwirkung auf die Wahl fern hielten."

Mit einem Berichte über eine so glänzende That ist das Morgenblatt nicht zufrieden. Derselbe Berichterstatter aus Heidelberg, welcher unlängst die Dossenheimer Mordgeschichte erfunden, erzählt die glorreiche Erhebung der Nußlocher noch einmal und frägt dann im Vollgefühl seiner Würde: „Wird das Mannheimer Journal die Wahrheit dieser Thatsachen abermals abzuläugnen suchen!" — Er meint vermuthlich, weil Nußloch gezogen hat, müsse man jetzt auch an Dossenheim glauben.

Das Beste kömmt zuletzt, nämlich die Erklärung des H. Lic. **Eberlin**, evangelischer Pfarrer und Dekan in Wiesloch, der mit Entrüstung in der Abendzeitung (die er vermuthlich immer mit Entrüstung liest) gelesen hat, daß das „radikale Heerlager" seinen Aufruf an die evangelischen Geistlichen u. s. w. dadurch widerlegen und vernichten wolle, daß es behaupte, sie sei von dem katholischen Geistlichen, Herr Pfarrer Winterer verfaßt. Nachdem er dem radikalen Heerlager mit dem Schwerte und dem Todtengräber gedroht, schließt er: „Schreit, wie ihr wollt; ich stehe für jedes meiner Worte ein; euer Schimpfen und Schelten ist meine Ehre. Hier habt ihr den Namen des Verfassers!" Der steht dann wirklich unter der, eines ausgezeichneten evangelischen Theologen so würdigen Erklärung. Wir hatten also richtig errathen und haben den Herrn Eberlin in Nr. 92 dieses Blattes richtig geschildert in einigen, leider lückenhaft gewordenen Zügen. Die Schmähschrift haben wir früher schon beleuchtet. Sie ist eines evangelischen, wie eines katholischen Geistlichen unwürdig; die achtungswerthen evangelischen Geistlichen in Mannheim haben sich von dem etwa möglichen (aber nicht vorhandenen) Verdachte der Urheberschaft zum Voraus gereinigt. Eines Jesuiten allein ist die Schmähschrift würdig. Hr. Eberlin hat in seiner Gemeinde schon erfahren, daß die Flugschrift Abscheu erregt bei jedem Ehrenmanne, und daß deßhalb seine Wahlumtriebe fruchtlos bleiben bei den evangelischen Bürgern. Er hat sich genannt, die öffentliche Meinung wird ihn richten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg